

Evelyne Gebhardt

Mitglied des Europäischen Parlaments

EUROPA AKTUELL

Nr. 6/2020, 14. Mai 2020

**Liebe Bürger und Bürgerinnen,**

die Schumann-Erklärung legte vor 70 Jahren den Grundstein für die heutige Europäische Union. Die Idee des vereinten Europas speist sich aus der Überzeugung, dass Europa mehr ist als ein bloßes Zweckbündnis oder eine Freihandelszone. Das vereinte Europa ist eine Wertegemeinschaft. Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Garantie von Grundrechten oder die Unabhängigkeit der Justiz – dass sich die Europäische Union diesen Grundwerten verpflichtete, war eine Lehre aus der Vergangenheit. Diese Grundwerte sollten auch ihre Mitgliedstaaten untereinander verbinden. Sie sollten es...

Was in Ungarn derzeit passiert, darf uns nicht kalt lassen. Premierminister Viktor Orbán regiert Ungarn inzwischen mit einer Notstandsgesetzgebung. Er missbraucht die Corona-Krise, um das Parlament auszuschalten, die Gewaltenteilung aufzuheben und sich selbst unbegrenzte Macht zu verschaffen.

Das alles ist ein weiterer Akt in einem Prozess des Machtmissbrauchs, der Aufweichung von demokratischer Kontrolle und Rechtsstaatlichkeit. Seit rund einem Jahrzehnt geht dies in Ungarn so.

Hier wäre die Europäische Kommission gefragt. Aber sie hat einmal mehr darauf verzichtet, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die ungarische Regierung einzuleiten. Im Europäischen Parlament fordern wir das bereits seit Jahren. Wann wenn nicht jetzt sollte die Kommission endlich handeln? Sie hat ihn schon viel zu lange gewähren lassen.

Wenn die Europäische Union ihrem Anspruch als Wertegemeinschaft gerecht werden will, muss sie ihre Grundwerte ernst nehmen und offensiv verteidigen. Ich will es auf jeden Fall.

Es gibt in Europa Regeln, an die sich alle zu halten haben. Nur so kann Europa gelingen und nur so hat es eine Zukunft.

Ihre

INHALT**Seite 1**

- Kolumne
- EU-Kommission stellt Reise- und Tourismuspaket vor

Seite 2

- EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen eingeleitet

Seite 3

- S&D-Fraktion lanciert Wiederaufbauplan für Europa
- Termine

Seite 4

- Aktuell im Europäischen Parlament
- Impressum

**EU-Kommission stellt Reise- und Tourismuspaket vor****S&D-Fraktion: „Ein Schritt in die richtige Richtung“**

Die Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament begrüßt das am 13. Mai 2020 von der EU-Kommission vorgestellte Reise- und Tourismuspaket. Zweifellos ist dies ein wichtiger Schritt, der das Thema Reisen und Tourismus endlich weit

oben auf der politischen Agenda der EU-Institutionen angesiedelt hat.

Iratxe García, Vorsitzende der S&D-Fraktion, kommentierte das Maßnahmenpaket:

„Der Tourismus stellt 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU dar und wurde von der COVID-19-Krise schwer getroffen. Daher ist er ein strategischer Wirtschaftssektor, der durch die EU unterstützt werden muss. Deshalb fordern wir als



Sozialdemokratische Fraktion von der Kommission nachdrücklich einen spezifischen und dringenden Aktionsplan, um die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher zu schützen, die Lebensfähigkeit der Klein- und Mittelbetriebe und der Tourismusunternehmen zu sichern und eine Reaktion zu koordinieren, um die Sicherheit aller Transporte zu gewährleisten.

Außerdem ist der freie Personenverkehr ein grundlegendes Prinzip, und wir hoffen, diesbezüglich so bald wie möglich zur Normalität zurückkehren zu können. In der Zwischenzeit müssen wir die Sicherheit der Reisenden sicherstellen und dafür sorgen, dass jene Bürgerinnen und Bürger, die in diesem Sommer in einem anderen EU-Land Urlaub machen möchten, keine Diskriminierung erfahren. Jede bilaterale Vereinbarung zwischen EU-Mitgliedsstaaten wäre völlig inakzeptabel gewesen.“

Ismail Ertug, für Verkehrsfragen zuständiger Vizevorsitzender der S&D-Fraktion, erklärte:

„Die Vorschläge der Kommission sind ein Schritt in die richtige Richtung. Es ist zweifelsohne positiv, dass die Kommission den Forderungen einiger Mitgliedsstaaten nicht nachgegeben hat, das Passagierrecht auf Rückerstattung im Fall von Flugannullierungen praktisch abzuschaffen. Dieses Recht muss gewahrt bleiben, aber freiwillige Gutscheine müssen für die Verbraucherinnen und Verbraucher attraktiver gemacht werden.

Es ist zu begrüßen, dass die Kommission der Linie gefolgt ist, für die sich die Sozialdemokratische Fraktion seit Beginn dieser Krise einsetzt. Langfristig ist jedoch ein Europäischer Reisegarantiefonds erforderlich, um gleichzeitig die finanzielle Stabilität des Sektors und die Verbraucherrechte zu gewährleisten.“

István Ujhelyi, Tourismussprecher der S&D Fraktion, fügte hinzu:

„Zwei Aspekte müssen Hand in Hand gehen: der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher

und die Arbeitsplätze der 27 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter in der Tourismusbranche. Wir brauchen dringend konkrete, machbare und realistische Lösungen. Nach der Phase der wirtschaftlichen Erholung ist eine langfristige, intelligente und nachhaltige Strategie mit einer Haushaltlinie für Fremdenverkehr im Mehrjährigen Finanzrahmen in Kombination mit einem dauerhaften Krisenbewältigungsmechanismus notwendig.

Gemeinsam sollten wir Vertrauen für die Reise- und Tourismusbranche auf europäischer und globaler Ebene aufbauen. Deshalb ist es von herausragender Bedeutung, unsere institutionellen Beziehungen mit den Mitgliedsstaaten, lokalen und regionalen Behörden sowie zwischen den EU-Institutionen und den Akteuren des Tourismus einschließlich der Welttourismusorganisation zu stärken.“ ■

Weitere Informationen zum Paket der EU-Kommission:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200513-sicheres-reisen-und-tourismus_de

EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen eingeleitet

Katarina Barley „Überfällige Entscheidung“

Am 29. April 2020 entschied die EU-Kommission ein erneutes Verfahren gegen Polen wegen Verletzung der EU Verträge einzuleiten.

Katarina Barley, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments und Mitglied des Innenausschusses: „Die Entscheidung der Europäischen Kommission war überfällig. Die zweimonatige Frist zur Stellungnahme für die polnische Regierung ist allerdings viel zu lange. Die Kommission sollte sofort eine einstweilige Anordnung beim EuGH auf Aussetzung des Gesetzes beantragen. Das Maulkorbgesetz für Richter fügt der Unabhängigkeit der Gerichte in Polen jeden Tag, an dem es weiter in Kraft ist, großen Schaden zu. Gemeinsam mit vielen anderen mahne ich die Kommission bereits seit Anfang des Jahres zum Handeln“.

„Gerade in Ungarn und Polen geraten europäische Werte von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit immer mehr unter Druck. Als Hüterin der Verträge kann nur die Kommission den Europäischen Gerichtshof anrufen. Ich würde mir ein entschiedeneres Handeln der Kommission wünschen. Der konstante politische Druck aus dem Europäischen Parlament und der Zivilgesellschaft muss aufrecht erhalten werden.“

„Neben juristischen Mitteln brauchen wir künftig bessere finanzielle Sanktionsmöglichkeiten. Der neue EU-Haushalt entscheidet darüber, ob Europa gestärkt aus der Corona Krise kommt, als Wirtschaftsgemeinschaft aber auch als Wertegemeinschaft. Die Mitgliedsstaaten müssen bei der Verteilung von europäischen Geldern endlich der schon lange vom Parlament gefor-

derten Rechtsstaatsklausel zustimmen. Es ist nicht vertretbar, dass Regierungen einerseits europäische Werte mit Füßen treten und andererseits die Zustimmung ihrer Wähler mit europäischem Geld erkaufen. Es ist denkbar, zivilgesellschaftliche Organisationen direkt mit europäischen Mitteln zu stärken.“

Tiemo Wölken, rechtspolitischer Sprecher der S&D-Fraktion, ergänzte: „Das bereits im Februar in Kraft getretene politische Justizgesetz untergräbt die richterliche Unabhängigkeit polnischer Richterinnen und Richter und ist mit dem EU-Recht unvereinbar. Zudem hindert das neue Gesetz polnische Gerichte daran, bestimmte Bestimmungen des EU-Rechts zum Schutz der Unabhängigkeit der Justiz direkt anzuwenden und dem Gerichtshof



Fragen zur Vorabentscheidung vorzulegen. Die Unabhängigkeit von Richterinnen und Richtern ist ein

Grundpfeiler einer unabhängigen und unparteiischen Justiz und unabdingbar.“ ■

S&D-Fraktion lanciert Wiederaufbauplan für Europa „Menschen und Unternehmen brauchen ein Schutzschild gegen die Rezession“

Die Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament hat am 6. Mai 2020 einen Wiederaufbauplan zur Bekämpfung der unmittelbaren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie und zur Vorbereitung einer nachhaltigen gemeinsamen Zukunft in Wohlstand, Wohlbefinden und Widerstandsfähigkeit lanciert. Diese neue Initiative ist eine Weiterverfolgung des 15-Punkte-Aktionsplans, den die S&D-Fraktion im März als schnelle Krisenbewältigungsmaßnahme dargelegt hat. Am 15. Mai 2020 ist die Verabschiedung einer Resolution im Europäischen Parlament vorgesehen.

Iratxe García, Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, sagte dazu:

„Die Europäische Union sehnt sich nach einem ambitionierten europäischen Wiederaufbauplan für die Bewältigung der verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen des COVID-19-Ausbruchs. Menschen und Unternehmen brauchen ein Schutzschild gegen die sich abzeichnende Rezession – ein 1,5 Billionen schweres europäisches Konjunkturprogramm. Dieses Geld müssen wir aber auch klug ausgeben. Indem wir die Konjunkturmaßnahmen vollständig an den Green Deal, die Säule sozialer Rechte und die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen anpassen, können wir auf einen radikalen Wandel drängen, Europa gegen künftige Krisen widerstandsfähiger machen und eine gerechte und nachhaltige Gesellschaft aufbauen. Die Krise hat die Anfälligkeit unserer Fähigkeiten und Instrumente für eine gemeinsame wirtschaftliche und

soziale Steuerung aufgedeckt, wenn eine entschlossene öffentliche Reaktion die einzige Antwort ist. Der Wiederaufbauplan ist Europas Chance, sich der Herausforderung zu stellen. Wir fordern die Kommission und die europäischen Staats- und Regierungschefs auf, mutig und innovativ zu sein.“

Die Vizevorsitzende der S&D-Fraktion, Simona Bonafè, sagte:

„Für eine rasche Wiederaufnahme der Wirtschaftstätigkeit nach dem Höhepunkt der Krise und um Arbeitsplatzverluste gering zu halten, brauchen wir ein Konjunkturprogramm einschließlich eines aktualisierten Vorschlags für den Mehrjährigen Finanzrahmen und eines Europäischen Fonds von mindestens 1,5 Billionen Euro. Der Fonds muss möglichst rasch einsatzfähig werden. Die am stärksten betroffenen Wirtschaftssektoren in den am stärksten beeinträchtigten Regionen müssen eine Rettungsleine erhalten, um sicherzustellen, dass sie keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlassen oder ganz schließen müssen, bevor der Aufschwung beginnt. Eine derart schwere Krise kann nicht mit Krediten allein bewältigt werden, es braucht auch EU-Maßnahmen in Form von Beihilfen sowie starke EU-Eigenmittel.“

Die Sozialdemokratische Fraktion fordert die Kommission auf, die folgenden zehn Punkte in einen dringend benötigten europaweiten wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Wiederaufbauplan zu integrieren. Die ersten fünf Punkte befassen sich schwerpunktmäßig mit der unmittelbaren Reaktion auf die Krise. Die restlichen Punkte konzentrieren sich auf den Aufbau einer wirklich nachhaltigen und

TERMINE

- **13. Mai-16. Mai 2020**
Plenarsitzung des Europäischen Parlaments (per Fernabstimmung)
- **15. Mai 2020, 20.00 Uhr**
Onlinediskussion bei der Kommunalakademie der Friedrich-Ebert-Stiftung
- **18. Mai 2020, 14.00 Uhr**
Sitzung des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (per Fernabstimmung)
- **20. Mai 2020, 13.45 Uhr**
Sitzung des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (per Fernabstimmung)
- **20. Mai 2020, 19.30 Uhr**
Onlineveranstaltung der Stadt Pforzheim „Europa aktuell - mit Evelyne Gebhardt“
Anmeldung online unter:
www.pforzheim.de/europa-online
- **27. Mai 2020, 19.00 Uhr**
Onlinediskussion mit den Jusos Böblingen“
- **28. Mai 2020, 19.00 Uhr**
Onlinediskussion mit den Jungen Europäern (JEF) Konstanz



robusten gemeinsamen Zukunft.

1. Ein vorübergehendes europäisches wirtschaftliches und soziales Konjunkturpaket mit einem aktualisierten Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen als Teil eines umfassenden europäischen Wiederaufbauplans, der einen Europäischen Fonds mit mindestens 1,5 Billionen Euro beinhaltet. Dieses Paket muss den enormen Schäden entsprechen, die unseren Unternehmen, unseren Arbeiterinnen und Arbeitern, unseren Sozialsystemen und dem Wohlergehen der schwächsten Bevölkerungsgruppen zugefügt wurden.

2. Die wirksame europaweite Koordinierung der europäischen und nationalstaatlichen Konjunkturmaßnahmen muss auf dem Europäischen Green Deal, auf der europäischen Säule sozialer Rechte und auf den Nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen gründen. Dazu zählt auch Europas Strategie, klimaneutral zu werden und seine Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaschutzabkommen zu erfüllen. Keines dieser Ziele darf aufgeschoben werden, da die Umwandlung in eine kohlenstofffreie und ökologisch nachhaltige

europäische Kreislaufwirtschaft und Gesellschaft für unsere Zukunft entscheidend ist.

3. Finanzielle und steuerliche Unterstützungsmaßnahmen müssen gerecht, transparent und in vollem Einklang mit dem Klima- und Umweltzielen der EU sein und wirksam zum Erreichen der sozialen Gerechtigkeit und der Steuergerechtigkeit beitragen.

4. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit, der Ungleichheiten, der regionalen Unterschiede, der Armut und der gesellschaftlichen Ausgrenzung während der Pandemie bekämpfen.

5. Die Reaktion auf die Krise muss geschlechtersensibel sein und neue geschlechtsspezifische Ungleichheiten vermeiden.

6. Das Konjunkturpaket und die vorübergehenden Wiederaufbaumaßnahmen müssen nach der Krise einer dauerhaften wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit weichen, die auf sozialem Fortschritt und ökologischer Nachhaltigkeit beruht.

7. Die Krise muss einem weitreichenden europäischen gesellschaftlichen Wiederaufbau Platz

machen, der zu nachhaltigem Wohlergehen, sozialem Fortschritt und robusten Sozialfürsorgesystemen führt.

8. Die Umwandlung in eine kohlenstofffreie und ökologisch nachhaltige europäische Kreislaufwirtschaft und Gesellschaft ist entscheidend für unsere Zukunft und muss der Bauplan für den Wiederaufbau sein.

9. Die Digitalstrategie und die Industriestrategie der Europäischen Union müssen die Lehren aus dieser Krise ziehen und einen entscheidenden Beitrag zum Wiederaufbau, zur zukünftigen Widerstandsfähigkeit und zur Nachhaltigkeit leisten, insbesondere dank stärkerer Unterstützung für Forschung und Innovation und indem sie voll und ganz in Einklang mit dem Europäischen Green Deal sind, sowie durch einen gestärkten sozialen Dialog und Demokratie am Arbeitsplatz.

10. Förderung eines gerechten und nachhaltigen Handels und Übernahme der Führungsrolle für eine weltweite Umgestaltung zu einer wirklich nachhaltigen und krisenfreien Zukunft für die Menschheit. ■

AKTUELL IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

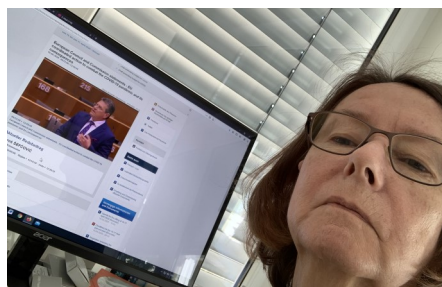
Die aktuelle Plenarsitzung des Europäischen Parlaments (13.05.-16.05.2020) findet in Brüssel statt. Die Abgeordneten nehmen wieder per Fernabstimmung teil. Auf der Tagesordnung stehen u.a. die folgenden Themen:

- Debatte mit Ratspräsident Charles Michel und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen
- EU-Haushalt: Wiederaufbau nach Corona
- Ungarn: EU-Grundwerte in Gefahr
- Smartphone-Apps zur Corona-Bekämpfung

Weitere Informationen unter:
<http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/agendas.html>

Sie möchten wissen, wie Evelyne Gebhardt zuletzt im Parlament abgestimmt hat? Hier eine Übersicht:

<http://www.evelyne-gebhardt.eu/de/im-parlament/wie-ich-abgestimmt-habe.html>



Abgeordnete im Homeoffice: Noch mindestens bis zur Sommerpause werden keine Plenarsitzungen in Straßburg stattfinden.

IMPRESSUM

Redaktion: Evelyne Gebhardt
und Fabian Rothfuss

Europabüro

Keltergasse 47
74653 Künzelsau
Tel.: 07940 59122
Fax: 07940 59144

info@evelyne-gebhardt.eu

Europäisches Parlament

60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66

evelyne.gebhardt@ep.europa.eu

Bild-Einklinker Kopfbereich:
Copyright PHOTO © European Union